

Am **1. September 1939** hat das faschistische Deutschland die Republik Polen überfallen und damit den 2. Weltkrieg ausgelöst. Daran erinnern die Kundgebungen der Friedensbewegung jedes Jahr.

Keine Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Wiesbaden!

**Stopp aller Waffenlieferungen und Auslandseinsätze!
Für Verhandlungen und Waffenruhe!**

Für ein friedensicherndes Deutschland!

**Keine Aufrüstung der Bundeswehr!
Investitionen in Bildung, Gesundheit und Klimaschutz!**

**Schluss mit der Mobilmachung!
Kein Werben fürs Sterben!
Bundeswehr, Hände weg von Schulen und Hochschulen!**

**Heraus zu den Kundgebungen der Friedensbewegung
am Samstag, 31. August 2024 und
am Sonntag, 1. September 2024!**

DIE LINKE. HEDDERNHEIM NIEDERURSEL
Klaus D. Schulze | +49-171-121 79 81
<https://die-linke-ob08.jimdo.com/termine/>
Allerheiligentor 2-4, 60311 Ffm



**Keine Stationierung von
US-Mittelstreckenwaffen
in Wiesbaden!**

**Aufruf zum
Antikriegstag am
1. September 2024**



Deutschland muss **kriegstüchtig** werden, fordert Verteidigungsminister Pistorius. Wohlgemerkt: nicht „verteidigungsfähig“, sondern „kriegstüchtig“! Der Kampf um Rohstoffe und Märkte gegen die chinesische Konkurrenz wird auf absehbare Zeit sich nicht auf Handelskriege mit Einfuhrzöllen und Sanktionen beschränken, sondern mit Waffengewalt fortgesetzt werden.

Am 10. Juli 2024 haben die USA und Deutschland am Rande des NATO-Gipfels angekündigt, **ab 2026 Mittelstreckenraketen in Deutschland** zu stationieren. Sie waren bis 2019 durch den INF-Vertrag verboten, der von den USA gekündigt wurde.

Laut Bundeskanzler Scholz ist das „eine sehr gute Entscheidung, die lange vorbereitet wurde“. Weder der Bundestag noch die deutsche Öffentlichkeit waren in die Beschlussfassung eingebunden. Als Juniorpartner der USA unterstützt Deutschland damit das Streben der USA nach Weltherrschaft.

Russland hat bereits militärische Gegenmaßnahmen angekündigt.

Die Stationierung ist Kriegsvorbereitung pur

Das Schreckgespenst des „unberechenbaren Putin“ dient zur Rechtfertigung eines neuen globalen Rüstungswettlaufs. Aber schon seit 2017 bauen die USA weltweit fünf militärische Zentren (MDTFs) auf, die vor allem gegen die chinesische Konkurrenz im Indopazifik gerichtet sind. Das europäische, auf Russland zielende MDTF befindet sich seit 2021 in Wiesbaden.

Geplant sind dafür:

- bodengestützte Tomahawk-Marschflugkörper mit mehr als 2.000 km Reichweite und
- Hyperschall-Raketen (noch in der Entwicklung), die Atomsprengköpfe tragen können und in wenigen Minuten in Moskau sein können.
- Die fehlende Vorwarnzeit kann zu Kurzschlussreaktionen des Gegners führen. Deutschland ist dadurch unmittelbar bedroht, auch atomar!

Was bedeutet „Kriegstüchtigkeit“ für uns?

Schon jetzt **eskaliert** die Bundesrepublik die Kriege in der Ukraine und in Gaza **mit Waffenlieferungen**, statt auf diplomatische Initiativen zu pochen. Zudem wurde die Einrichtung des militärischen Hauptquartiers des **Ukraine-Kommandos der NATO in Wiesbaden** beschlossen.

Die **Kosten für die Bundeswehr** sollen gewaltig steigen: Von **53 Milliarden Euro** für 2025 auf **80 Milliarden Euro** bis 2028. Hinzu kommen vermutlich Kosten für die Raketenstationierung.

Da das Geld dafür nicht bei den Superreichen geholt wird, werden – noch mehr als jetzt schon – an anderen Stellen des Bundeshaushalts die **Ausgaben** gekürzt, z.B.:

- in der Infrastruktur (Schienenverkehr, Sanierung maroder Brücken usw.)
- bei der Sanierung von Schulen und öffentlichen Einrichtungen
- beim Personal im Bereich Gesundheit, Pflege, Bildung
- bei Ausgaben für den Klimaschutz

Die Liste lässt sich lange fortsetzen. Jeder kennt in seinem eigenen Umfeld Beispiele dafür. Schon fordern CDU/CSU und FDP Kürzungen beim **Bürgergeld** und bei der **Rente**.

Auf der anderen Seite freut sich die **Rüstungsindustrie** über **Riesenprofite**. Rheinmetall z.B. hat seinen Profit innerhalb des letzten Jahres auf **270 Millionen Euro** verdoppelt.

Auch ideologisch wird aufgerüstet:

- Die Wiederaktivierung der Wehrpflicht ist im Gespräch.
- Bundeswehroffiziere werben an den Schulen.
- Die Hochschulen werden zu einer engeren Kooperation mit der Bundeswehr verpflichtet (z.B. in Bayern).
- Der neu eingeführte „Veteranentag“ soll das Sterben für deutsche Großmachtträume glorifizieren.
- NATO und Bundeswehr sollen als Garanten für den Frieden verklärt werden.